

Beschluss der BAG Europa im Rahmen ihrer Diskussion zum EU-Haushalt ab 2014

(bei einer Enthaltung einstimmig angenommen)

Das Papier beschränkt sich auf Stellungnahmen zu wichtigen strittigen Punkten.

Das Papier wird zur weiteren Kommentierung online gestellt.

Allgemein:

Die Aufstellung des EU-Haushalts ab 2014 spielt sich in einem schwierigen finanzpolitischen Umfeld ab: In Zeiten von radikalen Haushaltskonsolidierungen ist es den Mitgliedstaaten schwierig zu erklären, bei ihren nationalen Haushalten zu kürzen, und zugleich den EU-Haushalt. Auf der anderen Seite wurden mit dem Lissabon-Vertrag mehr Aufgaben auf die europäische Ebene übertragen, die Europäische Union wird in den nächsten Jahren weitere Mitglieder umfassen, eine mögliche gemeinsame Wirtschaftspolitik wäre nicht ohne Auswirkungen auf den zukünftigen Haushalt und ohne die Kohäsionsfonds wäre auch in Deutschland an manche staatlichen Leistungen nicht mehr zu denken. Eine Kürzung des zukünftigen Budgets würde damit eine doppelte Kürzung der EU-Aktivitäten und damit faktisch weniger Europa bedeuten.

Die BAG Europa empfiehlt daher, in die EU-Haushalts-Debatte mit einem klaren Bekenntnis zu Europa und seinem Mehrwert zu gehen, dies zu begründen und den Menschen offensiv zu erklären: Zusätzliche Aufgaben und zusätzliche Politikfelder, in denen gemeinsames europäisches Handeln für alle BürgerInnen sinnvoll ist, rechtfertigen eine bessere finanzielle Ausstattung der EU.

Aus Sicht der BAG Europa sollte sich der nächste EU-Haushalt an folgenden Leitlinien orientieren

- Kooperative Solidarität
- Mehrwert Europa (Europäische Projekte / Europa vor Ort sichtbar machen)
- Sozial-ökologische Transformation (GND)
- Effizienz (z.B. Mehr Qualität, keine nationale Lückenfinanzierung, Auslaufen der Mittel)

Budgethöhe:

Um zu gewährleisten, dass Europa seine (neuen) Aufgaben wahrnehmen kann und um eine angemessene Finanzausstattung der EU zu sichern, lehnen wir eine Kürzung des EU-Haushalts ab. Wir fordern einen Mindestbetrag des EU-Budgets¹ in Höhe von 1,1 Prozent des Bruttonationaleinkommens (BNE) der EU.²

Über neue autonome Eigenmittel der EU und durch die Nutzung von nationalen Einsparungen durch die Übertragung nationaler Aufgaben auf die europäische Ebene (neu einzuführender Grundsatz: Konnexität nach oben) streben wir eine Erhöhung des Budgets an. Nach Auflistung der zukünftigen Projekte und möglichen Streichungen ist zu überprüfen, um welchen Betrag das Budget erhöht werden soll.

¹ Mittel für Verpflichtungen. Diese Mittel schwanken in der aktuellen Förderperiode zwischen 1,02 – 1,18 % des BNE. Tatsächlich ausgezahlt werden in der Förderperiode 2007 – 2013 jährlich im Schnitt 1,07%.

² Nicht zu verwechseln mit der BNE-Eigenmittel Obergrenze für die direkten BNE-Zahlungen der Mitgliedstaaten. Diese beträgt aktuell 1,23 %, wird jedoch nicht vollständig ausgeschöpft.

Gleichzeitig müssen die Mittel wirksamer ausgegeben werden. Eine Umschichtung des Budgets ist erforderlich, d.h. eine Gestaltung des EU-Budgets, die ein Umsteuern hin zu einer nachhaltigen, Klima- und Umwelt-schonenden, sozialen und gerechten Wirtschaft ermöglicht.

EU-Eigenmittel:

Neben den traditionellen Eigenmitteln (u.a. Anteil an Zöllen) und den MWSt-Eigenmitteln sollten neue autonome Eigenmittel wie z.B. die Finanztransaktionssteuer erhoben werden, um die eigenständige Handlungsfähigkeit der EU zu sichern und um teilweise die nationalen BNE-Beiträge zu verringern. Einen kompletten Verzicht auf direkte Beitragszahlungen der Mitgliedstaaten sollte es aus unserer Sicht allerdings nicht geben, da dies die Planungssicherheit des Budgets gefährdet und den Ansatz der Solidarität bzw. Umverteilung unterminieren würde.

Die Länderrabatte gehören abgeschafft.

Notwendig ist auch eine bessere Verzahnung von nationalen Haushalten und EU-Budget, d.h. eine Überprüfung, was kann aufgrund der Verlagerung von nationalen Aufgaben auf die europäische Ebene im nationalen Haushalt eingespart werden (aktuelles Beispiel: Auswärtiger Dienst).

Mittelverwendung:

Wir wollen eine Mittelverwendung, die sich an den oben beschriebenen vier Leitlinien und Zielen orientiert (kooperative Solidarität, Europa vor Ort, sozial-ökologische Transformation und Effizienz), und bei der entsprechend u.a. die folgenden Bereiche stärker berücksichtigt werden: erneuerbare Energien, klimaschonende Wirtschaft, Forschung und Entwicklung, Jugendpolitik, europäische Bildung, Unionsbürgerschaft,³ Entwicklungspolitik, Förderung von Menschenrechten und Demokratie und präventive Außenpolitik⁴.

Eine Konkretisierung von Projekten und Haushaltsposten in diesem Bereich halten wir für notwendig.

Die bisherige Struktur sollte grundsätzlich beibehalten und nicht allein nach den EU 2020 Zielen ausgerichtet werden. Weiter zu diskutieren ist jedoch, ob wir nicht im EU-Haushalt zusätzliche Haushaltsposten für EU-verwaltete Zukunftsaufgaben oder für eine gemeinsame Wirtschaftspolitik brauchen (neben den Kohäsionsfonds).

Wir halten Kürzungen unter anderem in den Bereichen ITER (Fusionsreaktor), Tabaksubventionen, Frontex (und potentiell bei weiteren Agenturen) sowie bei sozial oder ökologisch kontraproduktiven Förderprojekten für notwendig und möglich.

³ Konkrete Vorschläge im Thesenpapier zur BAG Sitzung waren u.a.: mehr Mittel für non-formale Bildung (Jugend in Aktion), Lebenslanges Lernen (Erasmus Mundus, Leonardo da Vinci usw.) und die bereichsübergreifenden Querschnittsprogramme (Jean Monet, eTwinning usw.) zur Verfügung zu stellen. Auch sollten die europäischen Programme nicht nur primär auf Hochschulabsolventen ausgerichtet sein, sondern stärker alle Gruppen von Jugendlichen umfassen, z.B. durch ein Erasmus für Lehrlinge.

⁴ Konkrete Vorschläge im Thesenpapier zur BAG Sitzung waren u.a.: ein adäquater Wiederaufbau und Rehabilitationsbudgets für Post-Konflikt und Post-Desaster Staaten oder einen Topf zur Finanzierung von nationalem Personal von Rechtsstaatlichkeits- und Polizeieinsparungen.

Agrarhaushalt:**Ziele:**

Wir brauchen die Landwirtschaft für die Umsetzung des GND und deshalb auch eine Agrarpolitik auf europäischer Ebene. Die Landwirtschaft ist kritisch für die Zukunft und muss sich den globalen Herausforderungen stellen. Unsere grünen Ziele sind der ökologische Umbau, Erhalt der Biodiversität, Klimaschutz, soziale Kohäsion, gesunde und sichere Lebensmittel. Für die Umsetzung dieser Ziele brauchen wir eine grüne Agrarwende.

Höhe:

Wir begrüßen, dass in Zukunft eine gerechtere Verteilung der Agrarmittel in allen europäischen Mitgliedsstaaten erfolgt.

Verringerung des Agrarbudgets:

Wir brauchen eine Umschichtung im Gesamthaushalt der EU von direkten Einkommenstransfers und Markt bezogenen Maßnahmen des Agrarhaushalts zu mehr Investitionen für europäische Bildung, erneuerbare Energien, transeuropäische Netze etc. da die Mittel in diesen Bereichen besser geeignet sind, den GND umzusetzen.

Modus:⁵

Aus unserer Sicht muss sollten wir wegkommen von der Säulenstruktur und der direkten Einkommensunterstützung und uns stattdessen auf Umwelt- und Klimaziele und die Entwicklung der ländlichen Räume fokussieren (Vorschlag 3 „plus“ der Kommission).

Geld darf nur dann fließen, wenn regionale Herausforderungen oder besondere Agrarumweltleistungen einen deutlichen Verzicht auf Ertrag bedeuten, d.h. wenn wichtige öffentliche Leistungen erbracht werden: z.B. ökologischer Umbau, Umweltschutz, Erhalt der Biodiversität, Klimaschutz, soziale Kohäsion, gesunde und qualitativ hochwertig, regional erzeugte Nahrungsmittel.

Die BAG Europa möchte diese Position weiter mit den Gremien der Partei und insbesondere der BAG Landwirtschaft diskutieren.

Struktur- und Kohäsionsfonds

Grüne Kohäsions- und Strukturpolitik will vor allem die Qualität und Umsetzung der Förderprogramme verbessern. Dazu braucht es eine stärkere Ergebnisorientierung.

Wir plädieren für eine starke Konzentration der Mittelverwendung auf die Ziele des Green New Deals. In diesem Zusammenhang begrüßen wir die Mitteilung der Europäischen Kommission zur Kohäsionspolitik und Nachhaltigkeit vom Januar 2011, die auf eine zukunftsfähige, nachhaltige und klimafreundliche Ausrichtung der Kohäsionspolitik zielt. Um eine stärkere Fokussierung auf diese Ziele zu erreichen, wollen wir mehr Vorgaben durch die Kommission mittels einer Positiv- und/oder Negativliste. Wir wollen eine Kohäsionspolitik unter europäischen Leitlinien und wenden uns gegen eine Re-Nationalisierung Ausgabengestaltung .

Das Volumen der Europäischen Kohäsionspolitik wollen wir relativ auf den Gesamthaushalt gesehen beibehalten. Den Kohäsionsfonds wollen wir in den EFRE integrieren. Wir sind uns

⁵ Für die weitere Diskussion brauchen wir belastbare Zahlen, in welchem Umfang für unsere (unterschiedlichen) Reformziele Agrarsubventionen benötigt werden.

dessen bewusst, dass es durch die gewachsene Union eine Reduzierung des deutschen Anteils an den Mittel geben wird.

Investieren in eine nachhaltige regionale Entwicklung:

- Weiterhin starker Schwerpunkt der Mittel auf Ziel I mit angemessen Übergangsregelungen für die aus der Ziel I-Förderung herausfallenden Regionen (z. B. Ostdeutschland), die eine Sicherung der erreichten Ergebnisse ermöglicht.
- Die Ziel II Förderung soll beibehalten werden, Ziel III soll gestärkt werden, da hier ein sehr großer europäischer Mehrwert erreicht werden kann.
- Wir wollen moderate und abgestufte Kofinanzierung und die Nutzung von revolvingierenden Fonds, dort wo es sinnvoll ist.